Protokoll Nr. 2/2022
über die Sitzung des Ausschusses für Recht und Sicherheit
Donnerstag, 28. April 2022 von 16:32 Uhr bis 18:25 Uhr
Weserberglandzentrum, 31785 Hameln
Öffentliche Tagesordnungspunkte

Anwesend waren:

Ausschussvorsitz

Merve Mareike Hansen

Stellv. Ausschussvorsitz

Daniel Meier

Ausschussmitglied

Jobst-Werner Brüggemann

Martin Brüggemann

Hans Wilhelm Güsgen

Dorothee Hönke

Björn Lönnecker

Jürgen Mackenthun

Elke Meyer

Gerhard Paschwitz

Es fehlte entschuldigt

Fabian Drömer

Dirk Hothan

Gerd Siepmann

Markus Weber

Vertretung für Ausschussmitglied

Uwe Burhenne für Dirk Hothan

Anett Dreisvagt für Jürgen Mackenthun

Steffen Knippertz für Fabian Drömer

Wolfgang Meier für Gerd Siepmann

Grundmandat

Klaus Pfisterer

beratendes Mitglied

Carsten Scholz Vertretung für Markus Weber

Vertretung der Verwaltung

Martina Harms (StR'in)

Christian Campe (FBL 2)

Thomas Breitkopf (AL 27))

Heike Pohl (AL24/25)

Protokollführung

Mirela Nezir

Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine Einwohnerfragestunde (ca. 15 Minuten) statt.

Frau Hansen richtete sodann Worte zur Situation des Krieges in der Ukraine an den Ausschuss und wies insbesondere auf den unermüdlichen Einsatz der Feuerwehren hin. Um der Opfer und des Leides des Krieges in der Ukraine zu gedenken, wurde eine Schweigeminute abgehalten.

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

Vorlage	TOP	Öffentliche Tagesordnungspunkte
---------	-----	---------------------------------

1. Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2022 vom 09.02.2022
2. Auswirkungen des Ukrainekrieges im Fachbereich 2
3. Vorstellung der Alarm- und Ausrückeordnung der Feuerwehr
4. Bericht des Stadtbrandmeisters
5. Bericht zur aktuellen Coronasituation
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen von Ausschussmitgliedern

TOP 1. Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2022 vom 09.02.2022

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 3

TOP 2. Auswirkungen des Ukrainekrieges im Fachbereich 2

Aus der Aussprache:

Abt. 25 Zuwanderung und Wohngeld:

Frau Pohl berichtete, dass insgesamt mehr als 1.500 Vertriebene im Landkreis Hameln-Pyrmont eingetroffen wären und über 600 Menschen in der Stadt Hameln aufgenommen wurden. Sie erklärte dem Ausschuss wie der Ablauf von der Registrierung über die Anmeldung bis hin zur ersten Auszahlung der Leistungen nach AsylbLG ist. Als Überbrückungsgeld hat die Stadt Hameln in einigen Fällen einen Vorschuss i. H. von 100,00 € p. P. im Auftrage des Landkreises ausbezahlt.

Sie erklärte, dass die meisten Vertriebenen bei Verwandten, Freunden oder auch in Hotels vorübergehend aufgenommen wurden. Viele haben schon eigenständig eine eigene Wohnung finden können oder ihnen konnte eine Wohnung durch die Stadt vermittelt werden. Verfügbare Wohnungen würden mit Hochdruck hergerichtet werden. Sie machte eindringlich darauf aufmerksam, dass dennoch weiterhin Wohnungsraum zur Unterbringung Vertriebener fehlen würde.

Frau Pohl teilte mit, dass die Immobilie in der Werkstraße 7 derzeit saniert wird. Diese soll an den Landkreis Hameln-Pyrmont vermietet werden und als zusätzliche Aufnahmeeinrichtung fungieren. Das Gebäude soll dann, wie alle Sammelunterkünfte des Landkreises, vom DRK betrieben werden.

Frau Pohl berichtete weiter, dass die als Sammelunterkunft hergerichtete Sporthalle Afferde in der Zwischenzeit wieder zurückgebaut wird.

Sie erklärte, dass nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel in Hameln gemessen an den Landkreiszahlen die Verteilquote bereits erfüllt sei.

Die Frage von Herrn Paschwitz, ob der der Königsteiner Schlüssel endlich sei, wurde von Frau Harms dahingehend beantwortet, dass es sich um eine prozentuale Verteilung handele, die daher keine Obergrenze kenne.

Herr Campe fügte hinzu, dass die Registrierung der Menschen aus der Ukraine nur schleppend voranginge. Da sich nicht alle sofort registrieren, könne das Land die Quote nicht richtig erfassen. Herr Campe geht daher von einer Untererfassung bei den offiziellen Zahlen aus.

Frau Pohl antwortete auf die Frage von Herrn Martin Brüggemann, ob unter den genannten 1.500 Vertriebenen nur Ukrainer wären oder auch solche aus Drittstaaten, dass diese eine Ausnahme darstellen würden.

Die Frage hinsichtlich Geflüchteter aus der Russischen Föderation verneinte sie.

Frau Dreisvogl lobte die Stadt Hameln für die Organisation und die schnelle Hilfe für die Geflüchteten. Sie habe nur positive Rückmeldungen erhalten.

Abt. 27 Feuerwehr und Rettungsdienst:

Herr Breitkopf berichtete über die Aufgaben der Feuerwehr im Bereich des Zivilschutzes. Er merkte an, dass in der Stadt keine öffentlichen Schutzräume vorhanden wären. Die Feuerwehr würde gerade eine Bestandsaufnahme über die vorhandenen Zivilschutzmaterialien wie z. B. Zelte und Feldbetten durchführen. Er sagte, dass die Feuerwehr ein Konzept für den zukünftigen Zivilschutz erarbeite. Herr Breitkopf sprach sich positiv über die Anzahl der Sirenen zur Warnung der Bevölkerung in der Stadt aus.

Herr Lönnecker bedankte sich für den Bericht und erklärte, dass im Nachgang Gelder für den Zivilschutz beantragt werden könnten, falls diese nicht ausreichen sollten.

Herr Güsgen bedankte sich ebenfalls, auch für die schnelle Hilfe seitens der Stadt und der Freiwilligen Feuerwehr zur Herrichtung der Sammelunterkunft in Afferde. Er merkte an, dass es ein neues Gesetz geben müsse, welches den Zivil- und Katastrophenschutz für die nächsten Jahre regeln solle. Er sprach sich für die Aktivierung von Schutzräumen in der Stadt aus.

TOP 3. Vorstellung der Alarm- und Ausrückeordnung der Feuerwehr

Aus der Aussprache:

Herr Breitkopf stellte die Alarm- und Ausrückeordnung (AAO) der Feuerwehr vor.

Anmerkung der Ausschussbetreuerin:

Die Power-Point-Präsentation wird über das Protokoll verschickt.

Herr Güsgen bedankte sich für die ausführliche Präsentation.

Frau Dreisvogt bedankte sich ebenfalls und war von der AAO beeindruckt.

Herr Jobst-Werner Brüggemann nahm das Thema auf, dass die hauptberufliche Wachbereitschaft personell nicht ausreichend aufgestellt sei. Es wurde darüber gesprochen, dass es für die Ortsfeuerwehren demotivierend sei, den Einsatz wiederkehrend abrechnen zu müssen, wenn es zu Fehlalarmen bei Brandmeldeanlagen käme. Herr Scholz merkte an, dass die Ortsfeuerwehr in Hameln eine neue Führung habe und dass sich alles einspielen werde. Es wurde eingeräumt, dass bei Veränderungen der Einsatzstärke der hauptberuflichen Wachbereitschaft, die AAO überdacht werden könne. So könnten demotivierende, abgebrochene Alarmfahrten vermieden werden

Herr Daniel Meier merkte an, dass man die Fehlalarme der Brandmeldeanlagen in der neuen Gebührenerhöhung berücksichtigen müsse.

Es wurde diskutiert, wie man Arbeitgeber für mehr Akzeptanz in Bezug auf das Ehrenamt der freiwilligen Feuerwehr gewinnen könne. Herr Paschwitz merkte an, dass bei jeder passenden Gelegenheit erwähnt werden sollte, was die Feuerwehr für ein wichtiges Amt wäre. Frau Dreisvogt fügte hinzu, dass man z. B. Vorstellungsveranstaltungen durchführen könnte.

TOP 4. Bericht des Stadtbrandmeisters

Aus der Aussprache:

Herr Scholz berichtete über

- Mitgliederstände 2021 + 2022
- Einsätze in 2021 + 2022
- Neuanschaffung Fahrzeuge
- Neuanschaffung Schutzbekleidung
- Stadtzeltlager der Jugendfeuerwehr Hameln

Herr Lönnecker bedankte sich für den ausführlichen Bericht und fragte nach dem Budget für die Bekleidung der Atemschutzgeräteträger (AGT) und ob Gelder im Nachtragshaushalt dafür beantragt werden sollten. Er fände es wichtig, dass die benötigte Ausstattung vorhanden sei.

Herr Breitkopf erklärte, dass der überwiegende Teil der AGT bereits entsprechend mit neuer persönlicher Schutzausrüstung versorgt sei. Eine genaue Erhebung des Fehlbestandes müsste vor einer weiteren Beantragung von Geldern erfolgen.

TOP 5. Bericht zur aktuellen Coronasituation

Aus der Aussprache:

Herr Campe berichtete.

TOP 6. Mitteilungen der Verwaltung**Aus der Aussprache:**

Herr Campe berichtete von der Besichtigung der Realbrand-Taktik-Anlage in Groß Berkel. Seiner Meinung nach gehe diese in Qualität und Effektivität über den beantragten eigenen Realbrandcontainer hinaus. Bisher seien aber die Kosten für einen Durchgang nicht bekannt, so dass kein Vergleich stattfinden könne. In der nächsten Sitzung wird er dem Ausschuss einen Kostenvergleich in Bezug auf interne / externe Ausbildung vorlegen.

TOP 7. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen von Ausschussmitgliedern**Aus der Aussprache:**

Die im Ausschuss gestellte Anfrage von Herrn Paschwitz hinsichtlich des Fahrradüberholverbots auf dem 164er Ring wird wie folgt über das Protokoll beantwortet:

*Das Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Fahrzeuge (VZ 277.1) wurde 2020 auf dem 164er Ring eingerichtet. Das Ziel, damit grundsätzlich die Geschwindigkeit des fließenden Verkehrs zu reduzieren und eine zusätzliche Sicherheit für Fahrradfahrer*innen zu schaffen, wird zwar nicht vollumfänglich erreicht, da es immer noch viele Verkehrsteilnehmende gibt, die dieses Verkehrszeichen missachten. Dennoch können Verbesserungen festgestellt werden. In der Verkehrsbesprechung am 04.05.2022 wurde daher entschieden, die Regelung beizubehalten.*

gez. _____

Martina Harms
Stadträtin

gez. _____

Merve Mareike Hansen
Ausschussvorsitzende

gez. _____

Mirela Neziri
Protokollführung